

APS- Zeitungs- und Inserateanalyse zur Abstimmungen vom 28. September 2025

Zwischenstand vom 16.9.2025

Anja Heidelberger und Marc Bühlmann, 18.9.2025

Impressum

Herausgeber

Année Politique Suisse
Institut für Politikwissenschaft
Universität Bern
Fabrikstrasse 8
CH-3012 Bern
www.anneepolitique.swiss

Danksagung

Die Autorin und der Autor der vorliegenden Studie bedanken sich beim APS-Team für die aufwändige Sicherstellung und Codierung der Zeitungsartikel und Inserate: Lena Baltisser, Mathias Buchwalder, Marie Del Priore, Louise Drompt, Elia Gerber, Marlène Gerber, Bernadette Flückiger, Viktoria Kipfer, Sarah Kuhn, Antoine Lévêque, Lukas Lütolf, Chloé Magnin, Hans-Peter Schaub, Catalina Schmid, Joëlle Schneuwly, Nic Töny, Karel Ziehli und Guillaume Zumofen.

Bevorzugte Zitierweise

Heidelberger, Anja und Marc Bühlmann (2025). APS- Zeitungs- und Inserateanalyse zu den Abstimmung vom 28. September 2025. Zwischenstand vom 16.9.2025. Bern: Année Politique Suisse, Institut für Politikwissenschaft der Universität Bern.

Die Auswertung von Année Politique Suisse zur Abstimmung vom 18. September 2025 über das obligatorische Referendum zum Bundesbeschluss über die kantonalen Liegenschaftssteuern auf Zweitliegenschaften sowie über das fakultative Referendum zum Bundesgesetz über den elektronischen Identitätsnachweis und andere elektronische Nachweise (E-ID-Gesetz), zwölf Tage vor dem Urnengang zeigt drei hauptsächliche Befunde:

(1) Die Aufmerksamkeit in Form von Inserateaufkommen, Medienberichterstattung und Kampagnenbudget ist für die Liegenschaftssteuern durchwegs grösser als für das E-ID-Gesetz. Bei den Liegenschaftssteuern entspricht die Zahl der Inserate dem langjährigen Durchschnitt und der Anteil an Zeitungsartikeln zum Thema ist überdurchschnittlich hoch. Noch nie, seit der finanzielle Aufwand ausgewiesen werden muss, war zudem ein Werbebudget so hoch wie für die Kampagne zu den Liegenschaftssteuern. Das E-ID-Gesetz wird unterdurchschnittlich mittels Inseraten beworben und in den Medien diskutiert. Der Vergleich mit ähnlichen Vorlagen (Mietrechtsvorlagen im November 2024 und E-ID-Gesetz im März 2021) zeigt aber, dass die beiden aktuellen Vorlagen insgesamt mehr Medienaufmerksamkeit erhalten.

(2) Sowohl bei den Liegenschaftssteuern als auch beim E-ID-Gesetz fallen die deutlichen Unterschiede zwischen dem Pro- und dem Contra-Lager hinsichtlich Budget und Investitionen in Inserate auf. Die Mittel der Befürworter:innen übersteigen in beiden Fällen jene der Gegner:innen um ein Vielfaches. Vergleiche mit früheren Abstimmungen anhand der Inseratedaten legen jedoch nahe, dass dies keine Einzelfälle sind. Auch früher waren die Kampagnenbudgets teilweise sehr unterschiedlich verteilt.

(3) Eher ungewöhnlich ist hingegen die Beobachtung, dass in der Deutschschweizer Presse anteilmässig mehr über die Liegenschaftssteuern berichtet wird als in den Zeitungen der Romandie. In den allermeisten Fällen berichten die französischsprachigen Zeitungen im Vorfeld einer Abstimmung ausführlicher als die Presseerzeugnisse der Deutschschweiz.

Seit 2013 untersucht Année Politique Suisse (APS) an der Universität Bern die Kampagnentätigkeit im Vorfeld eidgenössischer Abstimmungen. Konkret werden Zeitungsinserate aus rund 50 Printmedien während acht Wochen vor dem Abstimmungstermin gesammelt und analysiert. Die bisher zwischen 2013 und 2025 erfassten 112 Inseratekampagnen können miteinander verglichen werden.

Anfang 2019 hat APS den Fokus von den Inseraten auf die redaktionelle Berichterstattung in den Zeitungen erweitert. Grundlage dazu bietet die Zeitungsausschnittsdokumentation, die APS seit 1965 pflegt: Aus aktuell 35 Tages- und Wochenzeitungen werden alle Zeitungsartikel mit Bezug zur Schweizer Politik nach einem ausgeklügelten, rund 250 Themen umfassenden System klassiert (ca. 500 Artikel pro Woche). Damit lassen sich der Einfluss der direkten Demokratie auf die redaktionelle Themenkonjunktur und die Schwerpunktsetzung der Printmedien im Vorfeld eines Urnengangs aufzeigen.

Seit Anfang 2024 müssen für Abstimmungskampagnen die Budgets offengelegt werden. Auch diese von der Eidgenössischen Finanzkontrolle (EFK) publizierten Zahlen fliessen seither in die Analyse mit ein.

Der vorliegende Bericht behandelt das am 28. September 2025 zur Abstimmung stehende obligatorische Referendum zum Bundesbeschluss über die kantonalen Liegenschaftssteuern auf Zweitliegenschaften ([Liegenschaftssteuern](#)) sowie das fakultative

Referendum zum Bundesgesetz vom 20. Dezember 2024 über den elektronischen Identitätsnachweis und andere elektronische Nachweise ([E-ID-Gesetz](#)).¹

Aufmerksamkeit

DEN VORLAGEN ENTGEGENGEBRACHTE
AUFMERKSAMKEIT

Wie viele Inserate finden sich zu einer Vorlage in den Zeitungen, wie viel Geld wird für deren Kampagne ausgegeben und wie intensiv berichten Printmedien darüber? APS misst die Aufmerksamkeit, die einer Vorlage entgegengebracht wird, mit diesen drei Kennzahlen.

DURCHSCHNITTliche ANZAHL INSERATE
ZU DEN LIEGENSCHAFTSSTEUERN,
UNTERDURCHSCHNITTliche ANZAHL
ZUR E-ID

Das Referendum zur kantonalen Besteuerung von Zweitliegenschaften wurde in den Inseratespalten der von APS untersuchten Zeitungen durchschnittlich stark beworben: Mit 190 Inseraten liegt die Anzahl erfasster Inserate zu dieser Vorlage knapp unter dem langjährigen Mittelwert (215 Inserate von 2013–2025; vgl. Abbildung 1). Deutlich geringer ist die Anzahl Inserate zum aktuellen Referendum gegen das E-ID-Gesetz (31 Inserate).

LIEGENSCHAFTSSTEUERN ALS NEUER
SPITZENREITER BEI DEN DER EFK
GEMELDETEN BUDGETS, E-ID-GESETZ
AM UNTEREN ENDE DER SKALA

Anders sieht die Situation bei den offiziellen, von der EFK (2025) ausgewiesenen Budgets aus – aufgrund des [revidierten Bundesgesetzes über die politischen Rechte](#) müssen diese bei eidgenössischen Volksabstimmungen zum bisher sechsten Mal offengelegt werden.²

Bei der Vorlage zu den Liegenschaftssteuern ist ein neuer Ausgabenrekord zu verzeichnen: Insgesamt werden für die Bewerbung dieser Vorlage mehr als CHF 7.5 Mio. budgetiert (vgl. Abbildung 4) – das sind fast CHF 200'000 mehr als beim bisherigen Spitzenreiter, der Abstimmung zum Ausbau der Nationalstrassen (abgestimmt am 24.11.2024). Die oben ausgewiesenen lediglich durchschnittlichen Inseratezahlen legen dabei nahe, dass die Komitees ihr grosses Budget in andere Werbekanäle als Zeitungsinserate investierten.

Beim E-ID-Gesetz ist die Gesamtsumme, die für die politische Kampagnen budgetiert wird, deutlich geringer – total wird etwas weniger als CHF 1 Mio. budgetiert (vgl. Abbildung 4), was im Vergleich mit allen anderen 14 Vorlagen Rang 13 bedeutet.

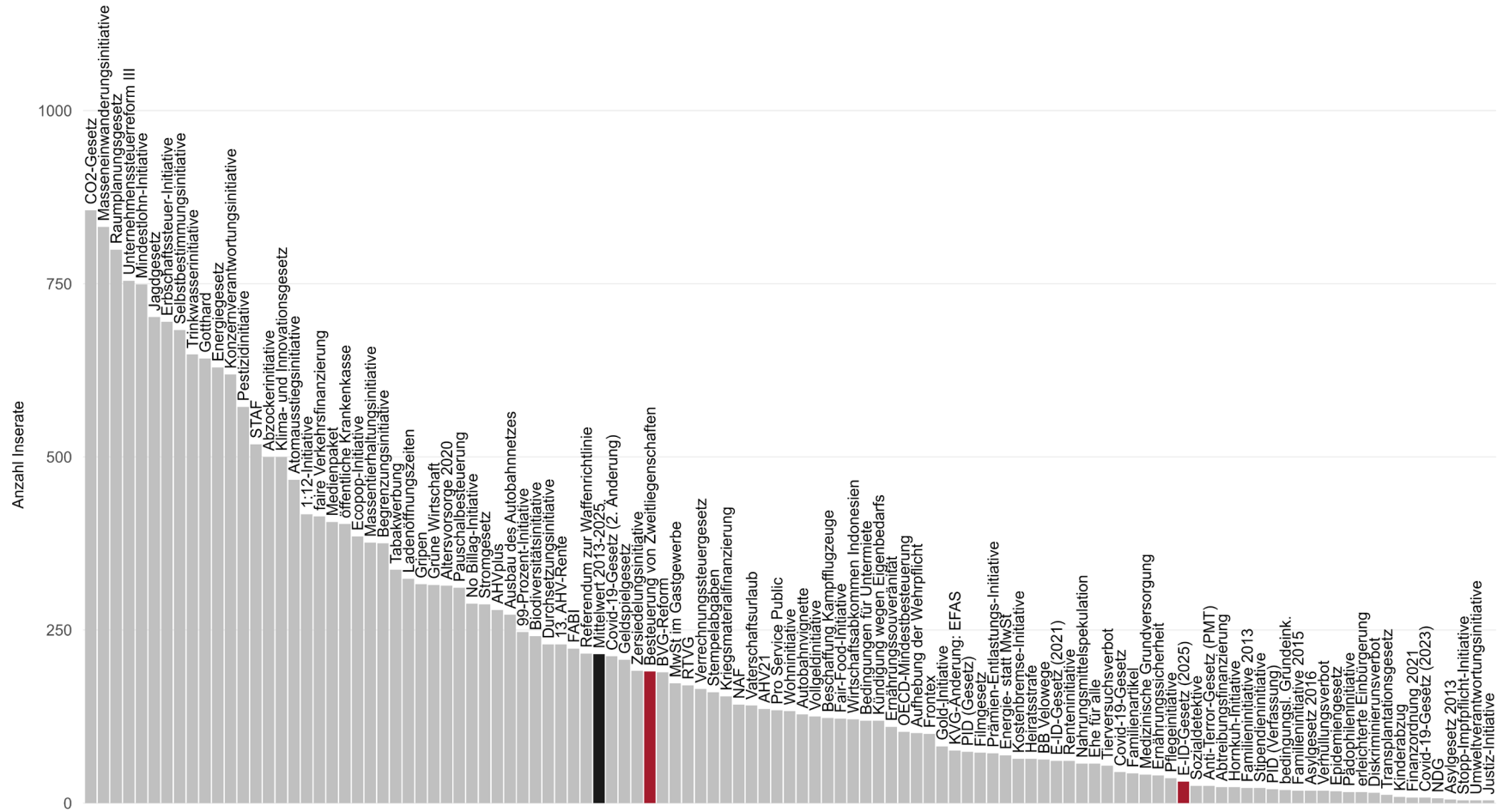
AUSWERTUNG DER MEDIEN-
BERICHTERSTATTUNG

Aufmerksamkeit generieren die Vorlagen aber nicht nur über bezahlte Werbung, sondern auch über die Medienberichterstattung. Um zu messen, wie stark die Printmedien über ein politisches Thema, dem eine Vorlage auf Basis des APS-Klassifikationsschemas zugewiesen wird, berichten, messen wir den Anteil an Zeitungsartikeln an allen von APS erfassten Zeitungsbeiträgen zu allen politischen Themengebieten. Um zu bestimmen, ob die Aufmerksamkeit vor allem der direkten Demokratie geschuldet ist, vergleichen wir diese Werte zudem mit den Anteilen zum gleichen Themengebiet im gleichen Zeitraum ein Jahr zuvor (5. August bis 17. September 2024).

¹ Die Links führen zur Berichterstattung in der APS-Chronik.

² Es handelt sich dabei aber um provisorische Zahlen, da die Schlussabrechnung erst 75 Tage nach der Abstimmung veröffentlicht werden muss.

ABB. 1: ANZAHL INSERATE IM VERGLEICH (2013–2025, STICHTAG: 11 TAGE VOR ABSTIMMUNGSTERMIN)



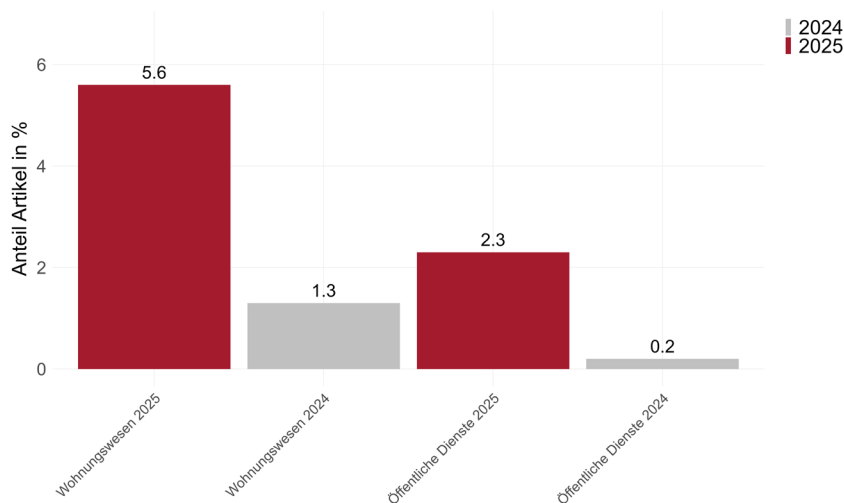
ZEITUNGSBERICHT-
ERSTATTUNG ÜBER WOHNUNGSWESEN
LEICHT ÜBERDURCHSCHNITTlich;
E-ID UNTER DEM LANGJÄHRIGEN MITTEL

Die Medien widmeten dem Themenbereich «Wohnungswesen», dem APS das Referendum zu den Liegenschaftssteuern zugeordnet hat, mehr Aufmerksamkeit als dem Themenbereich «Öffentliche Dienste», wo das E-ID-Gesetz verortet wird (vgl. Abbildung 2). Im langjährigen Vergleich (Tabelle 1) sind die 5.6 Prozent aller Artikel, die in den letzten rund 8 Wochen dem Thema «Wohnungswesen» gewidmet wurden, überdurchschnittlich, die 2.3 Prozent Artikel für die «öffentlichen Dienste» hingegen unterdurchschnittlich.

In der Regel haben es komplexe und technische Vorlagen schwer, von den Medien viel Aufmerksamkeit zu erhalten. Der überdurchschnittliche Wert bei den Liegenschaftssteuern kann durch die Bedeutung – also ihre Verknüpfung mit der Abschaffung des Eigenmietwerts, über den schon seit Jahrzehnten diskutiert wird – und durch die relative Umstrittenheit der Vorlage erklärt werden: Zwar haben alle bürgerlichen Parteien die Ja-Parole gefasst, eine grosse Zahl ihrer kantonalen Sektionen weicht aber von dieser Empfehlung ab (vgl. [Swissvotes](#)).

Freilich sind auch die 5.6 Prozent bei den Liegenschaftssteuern kein sehr hoher Wert. Er ist nicht nur weit vom Spitzenwert von 19.9 Prozent (Änderung des Covid-Gesetzes, abgestimmt am 28.11.21) entfernt, sondern auch von der Medienaufmerksamkeit, welche im gleichen Zeitraum dem Thema «Zölle» entgegengebracht wurde: In den vergangenen acht Wochen befasste sich nämlich mehr als jeder Zehnte von APS erfasste Zeitungsbericht mit diesem Thema (10.2%; nicht abgebildet).

ABB. 2: ANTEIL ZEITUNGSARTIKEL
AN DER GESAMTZAHL ALLER ZEITUNGS-
ARTIKEL (4.8. BIS 16.9.25 UND
5.8. BIS 17.9.24)



Lesebeispiel: Im Vorfeld der anstehenden Abstimmungen hatten 5.6 Prozent aller politisch relevanten Medienartikel in den von APS untersuchten Printmedien das Thema «Wohnungswesen» zum Inhalt (roter Balken); im Vorjahr beinhalteten im analogen Zeitrahmen 1.3 Prozent aller politisch relevanten Medienartikel das Thema «Wohnungswesen» (grauer Balken).

VON DIREKTER DEMOKRATIE
ANGETRIEBENE BERICHTERSTATTUNG?

Vor eidgenössischen Abstimmungen verstärken die Printmedien die Aufmerksamkeit für Vorlagenthemen. So war die direkte Demokratie wie gezeigt auch in den rund sechs vergangenen Wochen Treiberin der Medienberichterstattung. Wir können aber auch die Anteile der beiden Beobachtungszeiträume miteinander in Beziehung setzen, um einen Quotienten zu erhalten, der die wohl von der direkten Demokratie ausgelöste printmediale Aufmerksamkeitssteigerung misst. Wie Tabelle 1 zu entnehmen ist, liegt das Referendum zum E-ID-Gesetz bei diesem Quotienten leicht über dem Mittelwert: Es wird – wohl vor allem aufgrund des E-ID-Gesetzes – 9.2 Mal häufiger über «Öffentliche Dienste» berichtet als in der Vorjahresperiode (Rang 12 von 65). Das obligatorische Referendum zu den Liegenschaftssteuern liegt deutlich unter diesem Wert (4.4 Mal häufiger; Rang 32 von 65).

Auch hier zeigt sich, dass nicht nur die direkte Demokratie die Medienberichterstattung beeinflusst, sondern auch externe Ereignisse: So stieg die Aufmerksamkeit gegenüber dem Vorjahr beim Thema «Zölle» in demselben Zeitraum beinahe um den Faktor 100 an (94.1 Mal häufiger; nicht abgebildet). Die im Vergleich eher geringe Aufmerksamkeitssteigerung für die Abstimmungsvorlagen könnte auch diesem externen Konkurrenz-Ereignis geschuldet sein.

TABELLE 1: ANTEIL
ZEITUNGSARTIKEL PRO
THEMA EINER
ABSTIMMUNGSVORLAGE
IN PROZENT

Abge- stimmt	Vorlage	Anteil (%)	Quo- tient	Zeitraum der Erhebung	
12.02.17	Erleichterte Einbürgerung	2.3	16.7	12.12.16	29.01.17
	NAF	3.2	0.5		
	Unternehmenssteuerreform III	10.6	7.8		
21.05.17	Energiegesetz	6.3	5.9	20.03.17	07.05.17
24.09.17	Ernährungssicherheit	1.4	8.5	24.07.17	10.09.17
	AHV 2020 / Zusatzfinanzierung*	8.6	2.3		
04.03.18	Finanzordnung 2021	0.5	4.5	1.01.18	18.02.18
	No-Billag-Initiative	13.9	17.0		
10.06.18	Vollgeld-Initiative/Geldspielgesetz*	3.5	37.9	9.04.18	27.05.18
23.09.18	BB Velowege	2.6	1.2	23.07.18	09.09.18
	Ernährungssouveränität/Fair-Food*	3.8	2.8		
25.11.18	Hornkuh-Initiative	2.4	2.1	24.09.18	11.11.18
	Selbstbestimmungsinitiative	5.3	48.6		
	Sozialdetektive	2.6	0.7		
10.02.19	Zersiedelungsinitiative	3.1	23.8	10.12.18	27.01.19
19.05.19	STAF	6.0	2.8	18.03.19	05.05.19
	Waffenrichtlinie	4.6	3.0		
09.02.20	Wohninitiative	2.5	2.6	09.12.19	26.01.20
	Diskriminierungsverbot	4.2	2.2		
27.09.20	Begrenzungsinitiative	6.6	5.2	27.07.20	13.09.20
	Jagdgesetz	2.6	9.6		
	Kinderabzüge	1.1	1.7		
	Vaterschaftsurlaub	2.5	1.0		
	Kampfflugzeuge	2.9	5.8		
29.11.20	Konzernverantwortungsinitiative	7.8	19.8	5.10.20	22.11.20
	Finanzierungsverbot Kriegsmaterial	2.1	7.4		
07.03.21	Verhüllungsverbot	2.8	1.9	11.1.21	28.2.21
	E-ID	2.6	7.8		
	Abkommen mit Indonesien	2.4	5.9		
13.06.21	Pestizidinitiative	4.0	114.1	19.04.21	06.06.21
	Trinkwasserinitiative	3.6	25.9		
	Co2-Gesetz	7.7	7.9		
	Bekämpfung von Terrorismus	2.9	8.5		
	Covid-19-Gesetz	14.1	0.5		
26.09.21	Ehe für alle	5.5	2.2	02.08.21	19.09.21
	99%-Initiative	3.9	3.4		
28.11.21	Änderung des Covid-19-Gesetzes	19.9	0.8	04.10.21	21.11.21
	Justiz-Initiative	2.7	3.5		
	Pflegeinitiative	3.5	7.5		
13.02.22	Tabakwerbeverbot	3.4	8.4	20.12.21	06.02.22
	Tierversuchsverbot	2.8	4.5		
	Stempelabgabe	6.8	2.5		
	Medienpaket	6.7	7.4		
15.05.22	Frontex	4.0	0.6	21.03.22	08.05.22
	Lex Netflix	3.1	3.5		
	Transplantationsgesetz	3.4	3.8		
25.09.22	AHV21 / Zusatzfinanzierung*	5.4	5.6	01.08.22	14.09.22
	Massentierhaltungsinitiative	3.6	9.8		
	Verrechnungssteuer	4.3	2.2		
	OECD/G20-Mindestbesteuerung	2.8	3.6		
18.06.23	Klima- und Innovationsgesetz	6.4	4.3	24.4.23	07.06.23
	Änderung Covid-19-Gesetz (2023)	2.3	0.5		
03.03.24	13.AHV-Initiative & Renteninitiative*	11.1	6.2	08.01.24	20.02.24
09.06.24	Prämien-Entlastungs-Initiative	3.7	4.2	15.04.24	02.06.24

	Kostenbremse-Initiative	4.1	3.6		
	Stopp-Impfpflicht-Initiative	2.1	0.9		
	Stromgesetz	3.9	3.6		
22.09.24	Biodiversitätsinitiative	4.9	14.6	29.07.24	15.09.24
	BVG-Reform	5.4	19.3		
	Ausbau Nationalstrassen	6.0	3.6		
24.11.24	Mietrecht (2 Vorlagen)	3.8	2.8	30.09.24	17.11.24
	KVG-Revision	4.5	2.8		
09.02.25	Umweltverantwortungsinitiative	2.9	16.6	16.12.24	29.01.25 ^{a)}
28.9.25	Liegenschaftssteuern	5.6	4.4	04.08.25	16.09.25 ^{a)}
	E-ID-Gesetz	2.3	10.8		
	Schnitt	4.7	9.2		

Quotient: Verhältnis zum Anteil Artikel im gleichen Zeitraum des Vorjahres; * zwei Vorlagen mit dem gleichen politischen Thema; a) 44 statt 48 Tage

Vergleichsvorlagen

VERGLEICHE MIT INHALTLICH ÄHNLICHEN VORLAGEN

APS-Inserateanalysen gibt es schon über zehn Jahre und APS-Zeitungsanalysen schon acht Jahre, was Vergleiche mit Abstimmungsvorlagen ermöglicht, die inhaltlich ähnliche Themen behandelten. Solche Vergleiche helfen, die aktuellen Befunde einzuordnen.

VERGLEICHSVORLAGEN:
MIETRECHTSVORLAGEN VOM NOVEMBER 2024 SOWIE E-ID-REFERENDUM VOM MÄRZ 2021

Beim Referendum zu den Zweitliegenschaften bietet sich ein Vergleich mit den beiden Mietrechtsvorlagen an, über die im November 2024 abgestimmt worden war (Referenden zur [Kündigung wegen Eigenbedarfs](#) und zu den [Bedingungen für Untermiete](#)). Bei allen drei Vorlagen gab es ein ähnliches Muster an Unterstützerinnen und Unterstützern: Befürwortet wurden alle drei von den bürgerlichen Parteien Mitte, FDP und SVP, vom Hauseigentümerverband und dem Gewerbeverband, bekämpft wurden sie unter anderem von SP und Grünen, den Gewerkschaften und dem Mieterinnen- und Mieterverband.

Trotz dieser Ähnlichkeiten können mindestens zwei Faktoren ins Feld geführt werden, die Unterschiede hinsichtlich Aufmerksamkeit bewirken könnten. Erstens handelt es sich bei der aktuellen Liegenschaftssteuer-Vorlage um ein obligatorisches Referendum; nicht nur das Volks-, sondern auch das Ständemehr muss erreicht werden. Dies könnte ein strategisches Kampagnenverhalten bewirken: Investitionen könnten verstärkt in Kantonen stattfinden, in denen die Thematik als umstritten vermutet wird. Zweitens zeigt ein Blick in die Geschichte des Eigenmietwerts und auf die zahlreichen abweichenden Parolen, dass die aktuelle Vorlage vor allem im bürgerlichen Lager umstrittener sein dürfte als die beiden Mietrechtsvorlagen.

Das aktuelle Referendum zum E-ID-Gesetz lässt sich inhaltlich gut mit dem Referendum zum E-ID-Gesetz von 2021 vergleichen: Bei beiden geht es um die Schaffung einer gesetzlichen Grundlage für einen elektronischen Identitätsnachweis. Jedoch stand 2021 die Herausgabe der E-ID durch private Anbieterinnen und Anbieter im Mittelpunkt der Kritik – folglich fanden sich etwa auch SP, Grüne und GLP im Nein-Lager –, während beim aktuellen Referendum die Sicherheit der Privatsphäre und die Freiwilligkeit der E-ID im Zentrum stehen. Eine ablehnende Parole hat von den grossen Parteien die SVP herausgegeben.

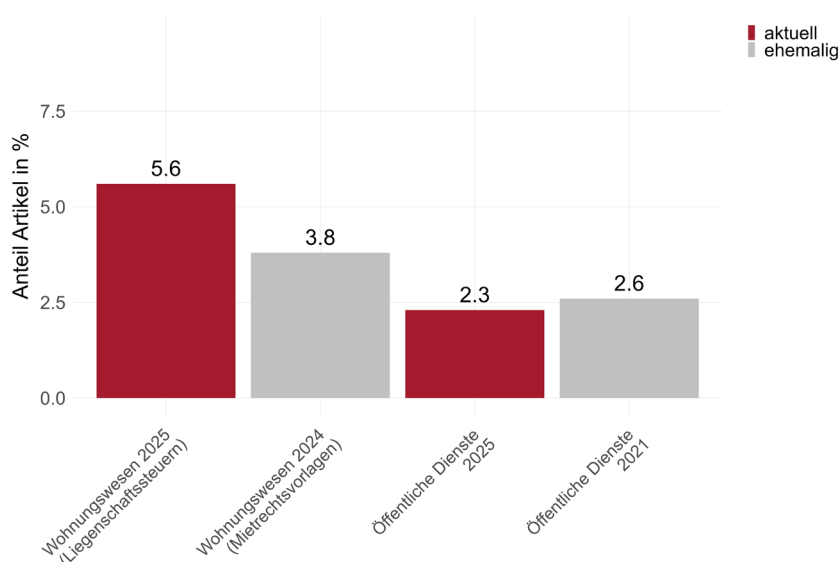
Auch hier können aber Unterschiede vermutet werden: Obwohl die nationale SVP die Ja-Parole gefasst hat – hier weichen bisher vier Sektionen ab –, erfährt das Thema nicht mehr die Opposition wie noch 2021. Dies dürfte sich durch geringere Aufmerksamkeit bemerkbar machen.

DEUTLICH STÄRKERE AKTUELLE
ZEITUNGSBERICHTERSTATTUNG IM
BEREICH «WOHNUNGSWESEN», KAUM
UNTERSCHIEDE BEI DEN
«ÖFFENTLICHEN DIENSTEN»

Bei den zwei Referenden zum E-ID-Gesetz zeigt sich wie erwartet eine ähnlich schwache Berichterstattung: 2021 konnten 2.6 Prozent aller Zeitungsberichte im entsprechenden Themenbereich klassifiziert werden, aktuell sind es 2.3 Prozent (vgl. Abbildung 3).

Einen recht grossen Unterschied zu den Vergleichsvorlagen sieht man im Themenbereich «Wohnungswesen»: Hier wurden aktuell im Untersuchungszeitraum 5.6 Prozent aller Zeitungsberichte abgelegt, 2024 waren es zu den beiden Mietrechtsvorlagen 3.8 Prozent (vgl. Abbildung 3).

ABB.3: ANTEIL ZEITUNGSARTIKEL
ZU VERGLEICHSVORLAGEN AN DER
GESAMTZAHL ALLER ZEITUNGS-
ARTIKEL IN PROZENT (JEWEILS 6 WOCHEN
VOR ABSTIMMUNGSTERMIN)



Lesebeispiel: Im Vorfeld der anstehenden Abstimmungen hatten 5.6 Prozent aller politisch relevanten Presseartikel in den von APS untersuchten Printmedien das Thema «Wohnungswesen» zum Inhalt (roter Balken); Im Vorfeld der Mietrechtsvorlagen im November 2024 widmeten sich 3.8 Prozent aller politisch relevanten Zeitungsbeiträge diesem Thema (grauer Balken).

AKTUELL MEHR INSERATE IM
WOHNUNGSWESEN, ABER WENIGER
BEI DER E-ID

Die im Vergleich mit den Mietrechtsvorlagen vom November 2024 stärkere Aufmerksamkeit für die aktuelle Vorlage im Bereich «Wohnungswesen» zeigt sich auch in den Inseratespalten: 2024 wurden für beide Referenden zusammen in einer gemeinsamen Kampagne 119 Inserate geschaltet, beim aktuellen Referendum gegen die Liegenschaftssteuern sind es 190 Inserate (vgl. Abbildung 1). Bei den Referenden zum E-ID-Gesetz fanden sich 2021 mit 61 Inseraten doppelt so viele Inserate wie bei der aktuellen Vorlage (31 Inserate; vgl. Abbildung 5). Beides entspricht unseren Erwartungen.

Vergleich der Pro- und Contra-Lager

UNGLEICH LANGE SPIESSE?

Bei Abstimmungskampagnen interessiert jeweils besonders, ob die beiden Lager über unterschiedlich grosse Mittel verfügen. Geben die Gegner:innen oder die Befürworter:innen einer Abstimmungsvorlage mehr Geld aus? Erst seit Kurzem – mit der Offenlegungspflicht der Kampagnenbudgets – kann diese Frage präziser beantwortet werden. Vor 2024 versuchte APS mit Hilfe der unterschiedlichen Inseratetätigkeit Unterschiede zwischen den beiden Lagern zu messen.

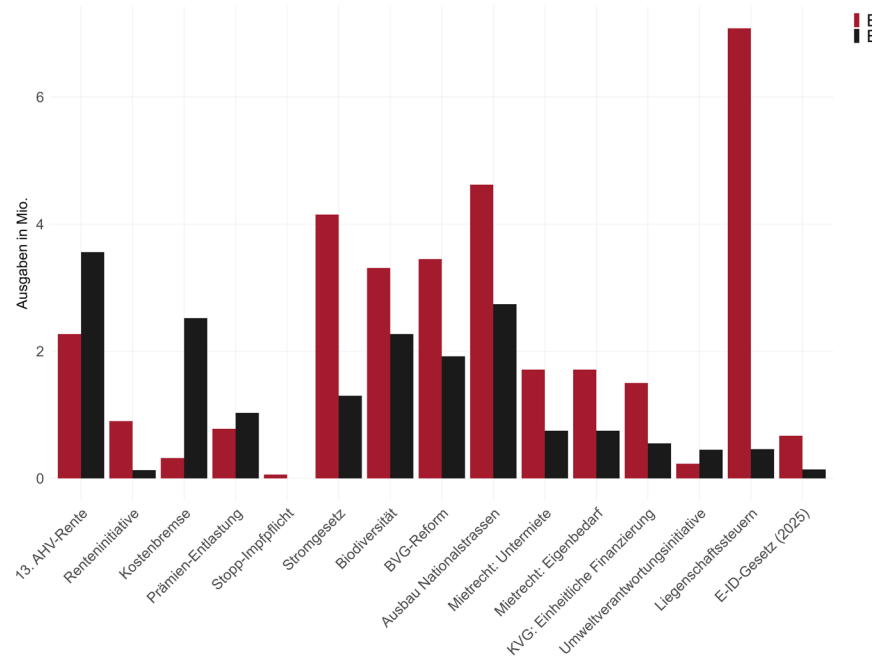
BEFÜRWORTENDE KOMITEES
WEISEN HÖHERE BUDGETS AUS

Dabei zeigen sich für beide Vorlagen relativ grosse Differenzen: Beim Referendum zu den Liegenschaftssteuern budgetierten die Befürwortenden CHF 7.1 Mio., die Gegnerinnen und Gegner CHF 0.5 Mio. (vgl. Abbildung 4). Dies stellt das seit 2024 grösste Ungleichgewicht in den Kampagnenbudgets der beiden Lager dar. Gemäss EFK sind bei der aktuellen Kampagne hauptsächlich der Hauseigentümerverband bzw.

dessen verschiedene kantonale Sektionen mit CHF 7.5 Mio. für die Pro-Kampagne verantwortlich. Die SP (CHF 187'500) und aeesuisse, der Dachverband der Wirtschaft für erneuerbare Energie und Energieeffizienz (CHF 271'000), stellen die hauptsächlichen Geldgeber auf der Gegner:innen-Seite dar. Zum Vergleich: Bei den beiden Mietrechtsvorlagen vom November 2024 lag das Verhältnis zwischen Befürwortenden und Gegner:innenschaft bezüglich gemeldeter Budgets noch bei etwa 2 zu 1 (CHF 1.7 Mio. der Befürwortenden standen CHF 0.7 Mio. der Gegnerschaft gegenüber),

Auch beim E-ID-Gesetz übertreffen die Befürwortenden die Gegnerschaft punkto Budget deutlich: Hier stehen CHF 670'000 der Befürwortenden CHF 140'000 der Gegnerschaft gegenüber. Das fast fünfmal grössere Budget der Pro-Seite bedeutet das bisher im Vergleich drittgrösste finanzielle Ungleichgewicht. Dabei stehen die Referendumskomitees, also die Piratenpartei (CHF 20'000) und Mass-voll (CHF 115'000) einer Allianz pro-E-ID (CHF 323'800), der Stiftung für direkte Demokratie (CHF 100'000) und dem Wirtschaftskomitee Schweizer E-ID (unterstützt v.a. von econo-misuisse und Swisscom CHF 248'000) gegenüber.

ABB. 4: OFFENGELEGTE
AUSGABEN FÜR DIE
KAMPAGNENFINANZIERUNG

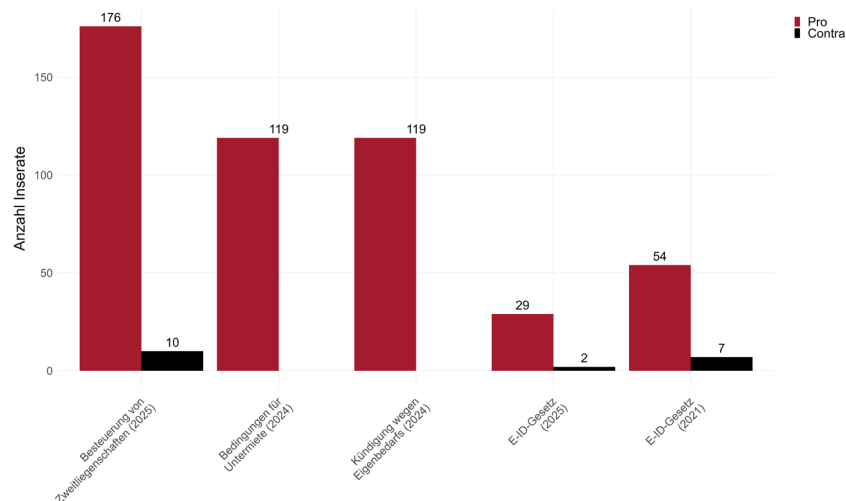


Quelle: EFK (2025)

BEFÜRWORDENDE INSEKATE
DOMINIEREN DEUTLICH

Die unterschiedlichen Budgets widerspiegeln sich auch in der Nutzung der Inseratespalten: Beim aktuellen obligatorischen Referendum zu den Liegenschaftssteuern wurden 176 befürwortende und 10 ablehnende Inserate gezählt. 2024 waren es bei den Mietrechtsvorlagen ausschliesslich 119 befürwortende Inserate und keine ablehnenden. Beim aktuellen Referendum zum E-ID-Gesetz zählen wir 29 befürwortende und 2 ablehnende Inserate; 2021 waren es 54 befürwortende und 7 ablehnende.

ABB. 5: ANZAHL PRO- UND CONTRA-
INSEDATE, STICHTAG: 11 TAGE VOR
ABSTIMMUNGSTERMIN)

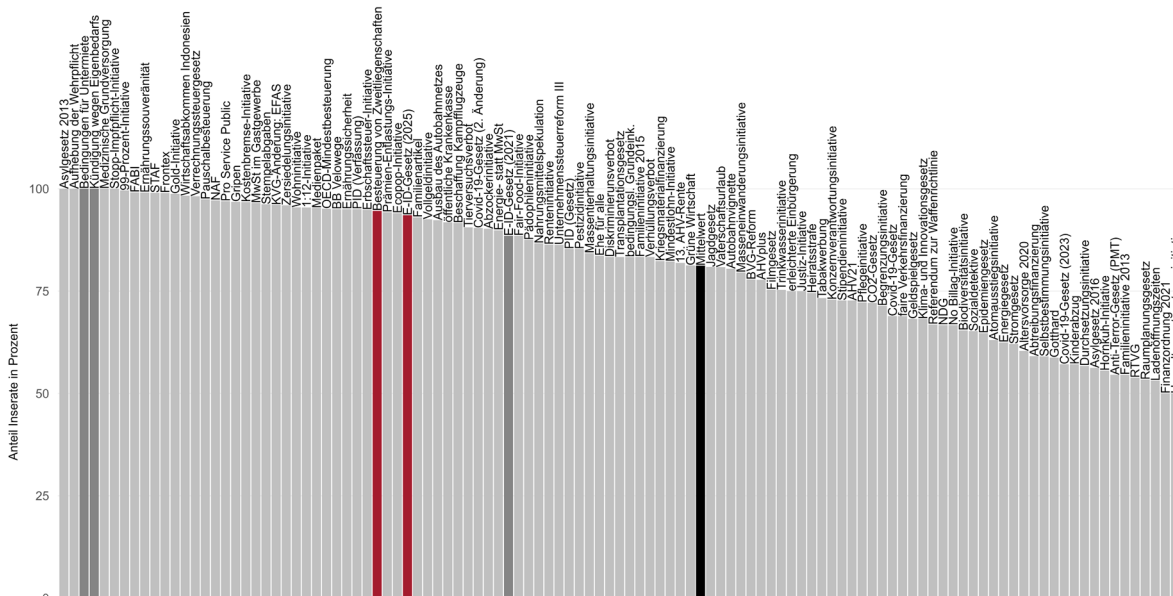


IST DIESES UNGLEICHVERHÄLTNIS
AUSSERGEWÖHNLICH?

Wie Abbildung 4 zeigt, war das Ungleichgewicht zwischen Pro- und Contra-Lager bei den von der EFK ausgewiesenen Budgets noch nie so ausgeprägt wie bei der Vorlage zu den Liegenschaftssteuern. Deren Befürworterinnen und Befürworter verfügen über ein mehr als 15 Mal so grosses Budget als ihre Gegnerinnen und Gegner.

Da die Budgets (und Schlussabrechnungen der Komitees) erst seit 2024 offengelegt werden müssen, lohnt sich ein Blick auf die Inseratedaten, welche seit 2013 erhoben werden: So verdeutlicht Abbildung 6, dass die aktuellen Vorlagen – zumindest bezüglich Unterschieden bei der Anzahl Inserate – nicht aus dem Rahmen fallen. Ihre Ungleichheit ist zwar überdurchschnittlich und liegt auch deutlich über dem Median, ist aber noch weit entfernt von den Spitzenwerten. Im Vergleich mit früheren Abstimmungen erstaunt es also nicht, dass die Anzahl geschalteter Inserate zwischen den beiden Lagern sehr ungleich verteilt ist, was allgemein stark ungleiche Budgets auch schon vor 2024 nahelegt.

ABB.6: ANTEIL INSERATE DES STÄRKEREN LAGERS



Lesebeispiel: In den von APS untersuchten Inseratekampagnen seit 2013 gab es fünf Vorlagen (Asylgesetz 2013, Aufhebung der Wehrpflicht, Bedingungen für Untermiete, Kündigung wegen Eigenbedarfs und Medizinische Grundversorgung), in denen ein Lager für 100 Prozent aller von uns gezählter Inserate verantwortlich war. Bei der Liegenschaftsbesteuerung waren es 94.6%, beim E-ID-Gesetz (2025) waren es 93.5%. Der Mittelwert zwischen 2013 und 2025 liegt bei 81.2% (schwarzer Balken).

Sprachregionale Auffälligkeiten

UNTERSCHIEDLICHE MEDIEN- AUFMERKSAMKEIT IN DEN GROSSEN SPRACHREGIONEN?

APS beobachtet die politische Medienberichterstattung in den drei grossen Sprachregionen. Es werden also Zeitungsartikel aus deutsch-, französisch- und italienischsprachigen Presseerzeugnissen gesammelt und codiert. Auf dieser Grundlage können sprachregionale Unterschiede analysiert werden.³

LIEGENSCHAFTSSTEUER
SCHERT AUS

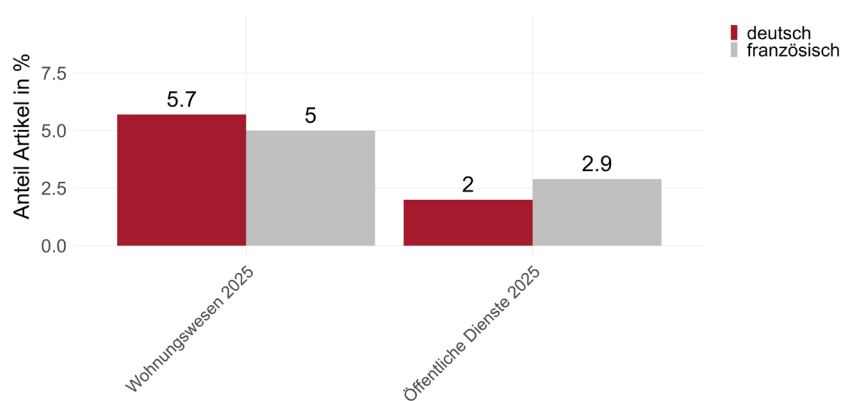
Beim Vergleich der Sprachregionen zeigen sich bei den Inseraten keine Auffälligkeiten. Dies ist auch deshalb eher erstaunlich, weil beim obligatorischen Referendum zu den Liegenschaftssteuern die innerparteiliche Opposition (in Form abweichender Parolen bei den bürgerlichen Parteien) eher aus den französischsprachigen Kantonen stammt. Aufgrund des notwendigen Ständemehrs könnte zudem erwartet werden, dass stärker in die Kantone mit grösserer Opposition investiert wird. Wir finden aber keine stärkere Inseratetätigkeit in der Westschweiz. Vielleicht lässt das eher geringe Budget der Gegner:innenschaft eine solche Strategie aber auch nicht zu.

Im langjährigen Vergleich auffällig sind hingegen die sprachregionalen Unterschiede in der Medienberichterstattung. In der überwiegenden Zahl der Vorlagen seit 2017 wurde in den französischsprachigen Medien anteilmässig stärker über ein zur Abstimmung stehendes Thema berichtet als in den deutschsprachigen Medien. Eine noch nicht veröffentlichte Studie, in der alle 94 Abstimmungsvorlagen zwischen 2014 und 2025 untersucht wurden, zeigt in 85 Fällen eine signifikant stärkere Medienaufmerksamkeit in der Romandie als in der Deutschschweiz.

³ Weil für die italienische Schweiz lediglich eine Zeitung betrachtet wird, verzichten wir aber auf eine Analyse der italienischsprachigen Presse.

Dies ist im Vorfeld der September-Abstimmungen auch beim E-ID-Gesetz der Fall und war auch bei den beiden Mietrechtsvorlagen im November 2024 so zu [beobachten](#). Die Liegenschaftssteuer (bzw. das Thema «Wohnungswesen») erhielt aktuell jedoch bisher in den deutschsprachigen Medien mehr Aufmerksamkeit als in den französischsprachigen Medien (vgl. Abbildung 7). Dies ist umso erstaunlicher, als in der Westschweiz aufgrund der abweichenden Parolen eine grössere Umstrittenheit erwartet wird, was zu eher höherer Presseaktivität führen könnte. Interessant ist in diesem Zusammenhang ein Befund des Fög (2025: 3), das in der französischsprachigen Medienresonanz zur Liegenschaftssteuer eine negativere Tonalität findet als in der Deutschschweizer Presse – obgleich die Berichterstattung auch dort eher mit leicht negativer Tonalität ausfällt.

ABB.7: ANTEIL ZEITUNGSARTIKEL
IN DEN SPRACHREGIONEN
IN %



Literatur

LITERATURVERZEICHNIS

EFK (2025): Kampagnenfinanzierung. Bern: Eidgenössische Finanzkontrolle. URL: <https://politikfinanzierung.efk.admin.ch/app/de/campaign-financings> (abgerufen am 16.09.2025)

Fög (2025). Abstimmungsmonitor zur Vorlage vom 28. September 2025; Zwischenbericht vom 12.09.2025; Zürich: Universität Zürich.

Erfasste Pressetitel

AUSWAHL DER PRESSETITEL

In der vorliegenden Analyse wurden 52/54 (Inserateanalyse) respektive 35 Pressetitel (Zeitungsanalyse) berücksichtigt. Neben den wichtigsten überregionalen Presseerzeugnissen wurde für jeden Kanton mindestens eine Zeitung ausgewählt, wobei die Auflagenstärke (gemäss WEMF 2015) als Selektionskriterium diene. Insgesamt 42 Publikationen wurden jeweils einem Kanton zugeordnet, während 12 Pressetitel einen überregionalen Charakter aufweisen. In der Zeit der Datenerfassung gab es eine Restrukturierung bei den Ausgaben von 20 Minuten (siehe Tabelle A.1).

TABELLE A.1
ERFASSTE PRESSETITEL

ÜBERREGIONALE
TAGESPRESSE

REGIONALPRESSE

Titel	Sprachregion	Kanton/Region	Ausgabe/Woche
Neue Zürcher Zeitung	Deutschschweiz	überregional	6
Le Temps	Romandie	überregional	6
Aargauer Zeitung	Deutschschweiz	AG	6
Appenzeller Zeitung	Deutschschweiz	AR	6
Appenzeller Volksfreund	Deutschschweiz	AI	4
Basler Zeitung	Deutschschweiz	BS	6
Basellandschaftliche Zeitung	Deutschschweiz	BL	6
Berner Zeitung	Deutschschweiz	BE	6
Bote der Urschweiz	Deutschschweiz	SZ	6
Bund, Der	Deutschschweiz	BE	6
Neue Luzerner Zeitung	Deutschschweiz	LU	6
Neue Nidwaldner Zeitung	Deutschschweiz	NW	6
Neue Obwaldner Zeitung	Deutschschweiz	OW	6
Neue Urner Zeitung	Deutschschweiz	UR	6
Neue Zuger Zeitung	Deutschschweiz	ZG	6
Schaffhauser Nachrichten	Deutschschweiz	SH	6
Solothurner Zeitung	Deutschschweiz	SO	6
St. Galler Tagblatt	Deutschschweiz	SG	6
Südostschweiz, Die (Glarus)	Deutschschweiz	GL	6
Südostschweiz, Die (Graubünden)	Deutschschweiz	GR	6
Tages-Anzeiger	Deutschschweiz	ZH	6
Thurgauer Zeitung	Deutschschweiz	TG	6
Walliser Bote	Deutschschweiz	VS	6*
24 heures	Romandie	VD	6
L'Express	Romandie	NE	6
Liberté, La	Romandie	FR	6
Nouvelliste, Le	Romandie	VS	6
Quotidiens Jurassien, Le	Romandie	JU	6

	Tribune de Genève	Romandie	GE	6
	Corriere del Ticino	Ital. Schweiz	TI	6
	Regione Ticino, La	Ital. Schweiz	TI	6*
BOULEVARDPRESSE	Blick	Deutschschweiz	überregional	6
GRATISZEITUNGEN	20 Minuten (Basel)	Deutschschweiz	BS	5*
	20 Minuten (Bern)	Deutschschweiz	BE	5*
	20 Minuten (Zürich)	Deutschschweiz	ZH	5*
	20 minuti (Ticino)	Ital. Schweiz	TI	5*
	20 Minuten (CH-D, ab 1.5.)	Deutschschweiz	überregional	5*
	20 minutes (Suisse romande, ab 1.5.)	Romandie	überregional	5*
SONNTAGSPRESSE	Ostschweiz am Sonntag	Deutschschweiz	SG	1
	SonntagsBlick	Deutschschweiz	überregional	1
	Sonntagszeitung	Deutschschweiz	überregional	1
	NZZ am Sonntag	Deutschschweiz	überregional	1*
	Zentralschweiz am Sonntag (Luzern)	Deutschschweiz	LU	1*
	Zentralschweiz am Sonntag (Zug)	Deutschschweiz	ZG	1*
	Le Matin Dimanche	Romandie	überregional	1*
	La Domenica	Ital. Schweiz	TI	1*
	Mattino della Domenica, Il	Ital. Schweiz	TI	1*
WOCHENPRESSE	Weltwoche	Deutschschweiz	überregional	1
	WOZ Die Wochenzeitung	Deutschschweiz	überregional	1
DIGITALE PRESSE	Republik	Deutschschweiz	überregional	**

* nur Codierung der Inserate, nicht aber der Zeitungsberichte

** nur Codierung der Zeitungsberichte, nicht aber der Inserate